

Wir sind jung, engagiert und politisch!



Junge Menschen mit Behinderung treffen sich bundesweit jumemb-Treffen – 11.-13.12.2026 in Uder (Thüringen)

Wir sind junge Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen. Für uns ist politische Selbstvertretung ein großes Thema, darum setzen wir uns dafür ein. In regelmäßigen Abständen treffen wir uns und besprechen unsere Themen.

Wir möchten nicht, dass jemand anders für uns entscheidet.

Während unserer Treffen sammeln wir Themen, die für uns und für ein inklusives Leben wichtig sind. Wir besprechen diese Themen nicht nur miteinander, sondern auch aktiv mit Politiker*innen. Wir wirken in politischen Gremien auf Bundesebene mit und haben zusammen schon einiges erreicht!

Wir treffen uns wieder in Präsenz: 11.-13.12.2026 in der Bildungsstätte Eichsfeld in Uder (Thüringen) – 30 Minuten von Göttingen entfernt. Anreisen könnt ihr allein oder in Begleitung eurer Eltern oder Assistenzkräfte. Tagungsgebühr fällt nicht an. Wir übernehmen Reise-, Unterkunfts- und Assistenzkosten.

Hast du Lust, dabei zu sein? Dann bist du herzlich willkommen.

Du bist zwischen 12 und 27 Jahren und möchtest dich für unsere gemeinsamen Rechte? Dann mach mit bei der bundesweiten jumemb-Gruppe!

Programm:

Freitag, 11.12.26:

- ab 16 Uhr Anreise
- 18 Uhr Abendessen
- 19 Uhr Austausch und Kennenlernen

Samstag, 12.12.26:

- 8 Uhr Frühstück
- 9-12 Uhr Workshop „Sexualität mit Behinderung“
- 12-15 Uhr Mittagessen und Pause
- 15-18 Uhr Workshop „Sexualität mit Behinderung“
- ab 18 Uhr Abendessen

Sonntag, 13.12.26:

- 8 Uhr Frühstück
- 9-12 Uhr Vorbereitung der kommenden jumemb-Präsenz-Treffen:
 - Fachtag März 2027
- ab 12 Uhr Mittagessen und Abreise



Foto von der Vereinsgründung 2026



Anmeldung online bis 31.08.26. Siehe QR-Code rechter Rand.

Bei Assistenz- oder Dolmetschbedarf und anderen Fragen bitte bis 31.8.26 unter:

l.fendt@jumemb.de kontaktieren.

Tagungsorganisation:
jumemb-Referentin
E-Mail: l.fendt@jumemb.de
www.jumemb.de

Gefördert durch:
 Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages